

Presseinformation

Nr.: 134/2019

Potsdam, 26. August 2019

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecherin: Gerlinde Krahnert
Telefon: +49 331 866-5040
Mobil: +49 170 73 20 779
Fax: +49 331 866-5049
Internet: www.masgf.brandenburg.de
presse@masgf.brandenburg.de

Pflegeoffensive

Sozialministerin Karawanskij fordert Masterplan Pflege und Charmeoffensive für Pflegeberufe

„In unserer alternden Gesellschaft ist es unabdingbar, die Pflege als expandierende Branche zu behandeln“, sagte Sozialministerin Susanna Karawanskij heute bei einer von ver.di organisierten Diskussion mit Gewerkschaftern und Betriebsräten in Forst. Dazu sei jedoch ein grundsätzliches Umsteuern nötig, auch für ein anderes Bild über Pflege in der Öffentlichkeit. Ihr liege sehr viel daran, dem respektvollen Umgang miteinander und der gesellschaftlichen Anerkennung des Pflegeberufes mehr Gewicht zu verleihen, so die Ministerin. „Das haben die Pflegebedürftigen ebenso verdient wie die Pflegenden.“

Notwendig sei in Auswertung der Brandenburger Pflegeoffensive ein **Masterplan**, der mit allen Akteuren der Pflege und unter Beteiligung aller Ministerien der Landesregierung erarbeitet werden sollte. Das gemeinsam mit der Liga der Wohlfahrtsverbände entstandene 10-Punkte-Programm zur Pflege sei dafür durchaus ein Anfang. „Dieser Prozess sollte durch eine **Charmeoffensive** für den Pflegeberuf begleitet werden. Wir sollten darauf hinwirken, dass „Pflegen nice ist“.

Im Land Brandenburg werden von den 133.000 Pflegebedürftigen allein 108.000 (81,5 %) in ihrer häuslichen Umgebung gepflegt. **Karawanskij**: „Die Menschen wollen nicht weg von Familien, Freunden, aus der vertrauten Umgebung. Das haben jetzt auch einzelne Landkreise und Kommunen erkannt und beantworten dies mit unterschiedlichen Vorhaben. Stamtisch Pflege, Modellregion Pflege u. a. und greifen damit einzelne Aspekte unserer Pflegeoffensive auf“.

„Brandenburg fordert seit Jahren einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die gesamte Pflegebranche. Für die Fachkräftesicherung wäre dies von außerordentlicher Bedeutung. Den jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tariflöhnen in der Pflege begrüße ich deshalb grundsätzlich“, sagte **Karawanskij** und verwies auf die avisierten Tarifverhandlungen auf Bundesebene zwischen ver.di und der neugegründeten Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP). Dafür wünsche ich den Verhandlungspartnern viel Erfolg.“

